

Im Ukraine-Krieg haben die westlichen Industriestaaten gezeigt: Wenn sie wollen, dann können sie. Zerstrittene Länder raufen sich für ein gemeinsames Ziel zusammen, sie scheuen keine großen Ausgaben, um es zu erreichen und brechen in kürzester Zeit mit Jahrzehnte alten Grundsätzen. Genau das ist es, was wir auch im Kampf gegen die Klimakatastrophe bräuchten, das wurde auch auf globalen Klimastreik am letzten Freitag zum Ausdruck gebracht. Die Forderungen: 100 Milliarden fürs Klima. Doch bisher sieht es eher nach einer Renaissance fossiler Brennstoffe aus, der Anstieg der CO₂-Abgabe wird ausgesetzt, die Klimakrise muss einmal mehr warten. Ist Geopolitik nun etwa wichtiger als Klimaschutz?

Geopolitik ist zweifelsohne mehr als nur eine Spielerei um Macht und Posten ohne Bezug zum realen Leben, denn Millionen Menschen müssen schrecklich leiden, wenn die falschen Leute auf diesen Posten sitzen. Doch eskaliert die Klimakatastrophe, wird Geopolitik bedeutungslos. Wer auch immer siegreich hervorgehen mag, wird einen planetaren Friedhof regieren, einen Planeten, mit einer 1000 Kilometer breiten Todeszone rund um den Äquator, überfluteten Millionenstädten in Ost- und Südasiens und tödlichen Hitzewellen Jahr für Jahr auf dem gesamten Globus. 500.000 Menschen pro Jahr werden zwischen 2030 und 2050 den Folgen Klimakrise zum Opfer fallen, viele davon sind Kinder - die Despoten dieser Welt müssten sich schon ranhalten, um mit dieser Zahl von Todesopfern mithalten zu können.

Die Klimakrise tritt nun in ihre unumkehrbare Phase ein. Wie bei einer Reihe aus Dominosteinen haben wir unsere Erde so destabilisiert, dass wir die Kontrolle über das Klima verloren haben. Glauben wir nun, wir könnten das Thema verschieben und uns später darum kümmern, wenn Putin erledigt ist, werden wir es bitter bereuen. Die Physik interessiert sich nicht dafür, ob es uns gerade gelegen kommt und es ist auch völlig egal, wer in welcher Talkshow was behauptet. Wenn sie meinen, die Natur würde sich nach dem richten, was sie behaupten, sollen sie doch mal versuchen, das Ohmsche Gesetz zu leugnen und mal an einen Stromzaun fassen. Das Ergebnis ist dasselbe.

Und die Forderungen von FFF sind keinesfalls übertrieben, sie spiegeln eben genau diesen wissenschaftlichen Konsens wieder. Die Klimakatastrophe wird die Welt verwüsten und vor niemandem halt machen, nicht vor den russischen Permafrostböden und nicht von den brasilianischen Regenwäldern, nicht vor den zentralafrikanischen Steppen und auch nicht von den gemäßigten Zonen in Mitteleuropa.

Die steigenden Preise für Lebensmittel hängen selbstverständlich mit Russlands Krieg zusammen. Aber sie haben eine weitere, weitaus verstörendere Ursache: Auf unseren Feldern wächst einfach immer weniger. Unser Problem wird schon bald nicht mehr sein, dass Menschen zu wenig Geld für Nahrung haben, sondern dass wir schlicht zu wenig Nahrung haben. Seien wir ehrlich, wir wissen alle, dass es in so einer Situation wieder heißen wird "Ellenbogen raus, jeder für sich!": Indien hat beispielsweise schon jetzt einen Exportstopp für bestimmte Getreide verhängt. Eine Welt aus nationalistisch agierenden Staaten, die um knapper werdende Nahrungsmittel und auch um Wasser kämpfen, während immer größere Teile des Planeten unbewohnbar werden - eine Dystopie, aber keine unrealistische, steht doch während wir hier sitzen noch immer ein Drittel der Fläche Pakistans unter Wasser.

Nun gibt es doch tatsächlich Menschen, die meinen, den Ukrainekrieg nutzen zu können, um Klimaschutz zu sabotieren. Lassen wir sie das Ende des Monats nicht gegen das Ende des Jahrzehnts ausspielen!

Die Kämpfe gegen Putin und gegen die Klimakatastrophe hängen zusammen. Die Forderungen von Fridays for Future lesen sich wie ein Albtraum für Putin: Abschaffung der Abstandsregeln

für Windräder, Förderung der heimischen Solarindustrie, die Schließung von Nord Stream 2 war bereits eine FFF-Forderung aus dem Jahr 2019.

All das wird uns mehr helfen als eine Renaissance der Kohle- oder gar Atomkraft. Atomkraft braucht nukleare Brennelemente, nukleare Brennelemente brauchen Uranoxid, Uranoxid braucht Uranerz und aus welchem Land bezieht Deutschland wohl einen Großteil des Urans - richtig, Russland. Wie kann man nur auf die Idee kommen, es sei eine gute Idee, Atomkraftwerke mit russischem Uran zu betreiben, in einer Zeit, in der Russland buchstäblich das größte Atomkraftwerk Europas mit Sprengstoff verkabelt hat, um uns zu erpressen?

Nun sollen die Atomkraftwerke über den Winter also in der Reserve bleiben und im Notfall reaktiviert werden können. Was vernünftig klingt, ist die schlechteste von allen nur denkbaren Optionen: Wir haben die Wartungskosten für die Atomkraftwerke, müssen sie kühlen, sie können uns jederzeit in die Luft fliegen, aber sie liefern uns keine einzige Kilowattstunde Strom. Perfekt. An solch unsinnigen Ideen muss Kritik legitim und erlaubt sein.

Militärisch hat sich Russland als derart unfähig erwiesen, dass es mittlerweile unfreiwillig zum größten Waffenlieferanten der Ukraine geworden ist. Putins einzige verbliebene Chance ist, dass der Westen einknickt und sich wieder in seine fossile Abhängigkeit begibt. Gönnen wir ihm dies nicht! Noch steht die Bevölkerung hier felsenfest hinter der Ukraine, das zeigen Meinungsumfragen. Doch wenn sich die sozialen Probleme im Winter zuspitzen, kann sich das ändern, wenn es die Rechten sind, welche die Verzweiflung der Menschen bedienen. Gerade deshalb braucht es nun eine außerparlamentarische Opposition, die nicht aus Putin-Fanboys besteht, ein Korrektiv, das die Gesellschaft und die Politik auf nervigste Weise immer und immer wieder an die Klimakrise erinnert, bis ihnen die davon Ohren bluten und sie es nicht mehr hören können. Dass ihr das Kritik einbringt, ist nur logisch. Doch sie dafür zu kritisieren, wäre in etwa so, wie bei einem Brand im eigenen Haus den Rauchmelder abzuschalten, weil das Piepsen nervt.